



## WAHLREFORM UND PARTEIENSYSTEM PROTESTE GEGEN DIE SOZIALREFORMEN

<b>ANALYSE</b>	
Die Novellierung von Partei- und Wahlgesetz in ihren Folgen für das russische Parteiensystem. Grigorii V. Golosov, St. Petersburg	2
<b>TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT</b>	
Parteienpotential 2003 und 2005. Fraktionsbildung 2004	5
<hr/>	
<b>KOMMENTAR</b>	
Landesweite Proteste gegen die Monetarisierung von Sozialleistungen Hans-Henning Schröder, Bremen	7
<b>DOKUMENTATION</b>	
Proteste gegen die Sozialreformen	8
<b>UMFRAGEN</b>	
Beurteilung der laufenden Sozialreform	12
Die Hauptsorge Ende 2004: Angst vor Verarmung	14
<hr/>	
<b>CHRONIK</b>	
Vom 20. bis zum 27. Januar 2005	16
<b>LESEHINWEIS</b>	
Abstracts der Artikel mit Russlandbezug im neuen Osteuropa-Heft	17

## Analyse

# Die Novellierung von Partei- und Wahlgesetz in ihren Folgen für das russische Parteiensystem

Grigorii V. Golosov, St. Petersburg

### Zusammenfassung

Zwei Gesetzesnovellen, die Ende 2004 in die Duma eingebracht wurden, führen zu gravierenden Veränderungen des politischen Systems in Russland. Das neue Parteiengesetz erschwert die Bildung neuer politischer Parteien und führt zu einer Zentralisierung der vorhandenen. Der Übergang vom gemischten zu einem Verhältniswahlrecht unterstützt diese Tendenz. Kurzfristig werden die neuen Gesetze die Rolle der Parteien stärken, und sei es auch nur, weil sie stärkere Anreize schaffen, Politiker an Parteien zu binden. Langfristig, je näher die nächsten Parlamentswahlen rücken, wird die Konstellation der Interessen der regierenden Gruppe und der Wählerpräferenzen die entscheidende Rolle spielen. Die neue Gesetzgebung ist für die regierende Gruppe nur dann von Vorteil, wenn sie 1) an der Kontrolle der Duma durch eine Partei interessiert ist und 2) sicher ist, dass die Mehrheit der Wähler für eine Partei stimmen will.

### Zwei Gesetzesnovellen

Ende 2004 wurden in die russische Staatsduma zwei wichtige Gesetzesvorhaben eingebracht, die die Tätigkeit politischer Parteien und die Durchführung von Wahlen regulieren sollten. Das eine, das seit 2001 geltende Gesetz „Über die politischen Parteien“ modifizierte, wurde von Vertretern von den drei Fraktionen „Einheit Russlands“, „Mutterland“ und LDPR vorgelegt. Duma, Föderationsrat und Präsident haben dieser Novelle inzwischen zugestimmt, so daß es bereits in Kraft ist. Der Gesetzentwurf „Über die Wahl der Abgeordneten der Duma der Russischen Föderation“, der vom Präsidenten eingebracht worden ist, ist in erster Lesung verabschiedet. Es ist nicht ausgeschlossen, dass er noch verändert wird, allerdings kann man sich kaum vorstellen, dass diese Veränderungen von Bedeutung sein werden. Wie das erste Gesetz wird es von den drei vorgenannten Fraktionen mitgetragen, die zusammen in der Duma eine überwältigende Mehrheit haben. Die einzige Fraktion, die sich gegen beide Gesetzesvorhaben aussprach, war die Kommunistische Partei, der sich einige wenige unabhängige Abgeordnete anschlossen.

### Die Novellierung des Parteiengesetzes

Die hauptsächlichlichen Neuerungen, die diese Gesetze in die russische Politik einbringen werden, können wie folgt zusammengefasst werden<sup>1</sup>: Das Parteiengesetz erhöht beträchtlich die Schwelle für Organisationen, die als politische Partei anerkannt werden wollen. Wenn eine Organisation nach der Gesetzesfassung von 2001 mindestens 10.000 Mitglieder haben musste, um als Partei anerkannt zu werden, so beträgt diese Zahl

jetzt 50.000. Darüber hinaus müssen in mindestens der Hälfte der Regionen Russlands regionale Organisationen der Partei mit jeweils mindestens 500 Mitgliedern registriert sein. Wenn eine existierende Partei diese Forderungen im Laufe des Jahres 2005 nicht erfüllt, geht sie des Parteistatus verlustig, das heißt, sie hat nicht mehr das Recht, bei Wahlen auf föderaler oder auf regionaler Ebene anzutreten. Das Parteiengesetz legt fest, dass Parteien, die ihren Status bestätigen können, staatliche Finanzhilfe erhalten werden, die bedeutend höher ist als in der Gesetzesfassung von 2001 festgelegt. Wie früher wird die Höhe der Finanzhilfe durch die Stimmen, die die Partei bei Wahlen auf der föderalen Ebene erhalten hat, festgelegt.

### Die Änderung des Wahlgesetzes

Das Wahlgesetz ändert das Wahlsystem in Russland grundlegend. Bisher galt ein gemischtes Wahlsystem, das vorsah, dass die Hälfte der Dumaabgeordneten durch Verhältniswahl nach Parteilisten, die andere Hälfte in Einzelwahlkreisen mit einfacher Mehrheit bestimmt wurde. An die Stelle dieses Mischsystems tritt jetzt ein reines Verhältniswahlrecht. Das heißt, dass alle 450 Mandate unter den Parteien aufgeteilt werden, deren Listen die Sperrhürde überwinden. Diese Hürde wurde von 5% auf 7% erhöht. Parteien, die die 7%-Hürde nicht überwinden, werden zur Vergabe der Sitze nur in zwei Fällen zugelassen: wenn alle Parteien, die die 7%-Hürde überwunden haben, zusammen weniger als 60% der Stimmen erhalten haben und wenn nur eine Partei die 7%-Hürde überwindet, selbst wenn sie mehr als 60% der Stimmen erhalten hat. Im ersten Fall

<sup>1</sup> Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich im Text bei dem Parteiengesetz um die Fassung von 2004 und bei dem Wahlgesetz um die Fassung, wie sie im Dezember 2004 in erster Lesung angenommen wurde.

erhalten die Parteien Mandate in absteigender Reihenfolge bis die Summe 60% übertrifft; im zweiten Fall wird von den Parteien, die die 7%-Hürde nicht erreicht haben, nur die erfolgreichste zugelassen.

Personen, die nicht Mitglieder einer Partei sind, können in Parteilisten aufgenommen werden, allerdings darf der Anteil solcher Personen auf jeder einzelnen Liste 50% nicht übersteigen. Die Entscheidung, Parteilose auf die Liste aufzunehmen, fällen die Parteien. Wie vorher sind die Parteilisten geschlossen, das heißt, der Wähler kann nur für die Partei als Ganzes stimmen. Eine wichtige Neuerung ist, dass, im Unterschied zur früher gültigen Regelung, das Gesetz keine Wahlbündnisse (Parteiblöcke) zur Wahl zulässt. Die einzigen Organisationen, die das Recht haben, ihre Listen zur Wahl aufzustellen, sind politische Parteien, die den Kriterien des Parteiengesetzes entsprechen.

#### Das Ziel: Politische Zentralisierung ...

Offensichtlich verfolgen die oben beschriebenen Änderungen bestimmte politische Ziele. Das erste ist Stärkung der Stellung der Parteien auf Kosten parteiloser Politiker, die aus der politischen Arena entfernt werden sollen. Bekanntermaßen ist die Rolle der Parteien in der russischen Politik ziemlich bescheiden. Der Hauptgrund hierfür ist das präsidentiale System, in dem die Verbindung zwischen Politiker und Partei ein zweitrangiger Kanal für seinen Einfluss auf den Entscheidungsprozess ist. Natürlich wird das Wahlgesetz dies nicht beseitigen. Allerdings ist auch klar, dass die Möglichkeit, als unabhängiger Kandidat in die Duma gewählt zu werden, die Rolle der Parteien sogar dort begrenzte, wo sie per Definition ziemlich groß ist, nämlich auf Parlamentsebene. In den Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion ist in Russland eine Politikerklasse entstanden, die dank ihrer persönlichen Ressourcen ohne Verbindung zu Parteien Wahlerfolge erreichen konnten. Sobald sie dann in der Duma waren, traten diese Politiker oft in eine Parteifraktion ein; ihr Status in der Fraktion war aber anders als der derjenigen Abgeordneten, die ihr Mandat durch eine Parteiliste erhalten hatten. Durch ihre eigenen Ressourcen konnten sie sich bedeutende Autonomie von den Parteiführungen bewahren, was die Kontrolle der Parteien über die Gesetzgebung begrenzte. Das neue Gesetz ändert diese Lage, indem es die Möglichkeiten, die Parteidisziplin im Parlament aufrechtzuerhalten, wesentlich erweitert.

Zweitens verringert das Wahlgesetz regionale Einflüsse auf Wahlen auf der föderalen Ebene. Abgeordnete, die in Einzelwahlkreisen gewählt wurden, waren ausgesprochen abhängig sowohl von regional regierenden Gruppen als auch von den Wählern der Region mit ihren spezifischen Interessen, die nicht

immer der Parteilinie entsprachen. Lobbyarbeit für die lokalen Interessen war eine der wichtigsten Tätigkeiten dieser Abgeordneten. Das neue Gesetz erhöht die Zentralisierung des russischen politischen Lebens in bedeutendem Umfang, indem es den russischen Parteien auf föderaler Ebene praktisch ein Monopol in der politischen Arena zuweist. Die Parteien ihrerseits werden zentralisierter, da sie nicht mehr mit den lokalen regierenden Gruppen und den sie vertretenden Abgeordneten aus Einzelwahlkreisen handeln müssen.

Die Initiatoren des neuen Wahlgesetzes wollen die Rolle der Parteien im Parlament erhöhen und die Parteidisziplin und -zentralisation verstärken. Im Grunde zeigt die Praxis in der ganzen Welt, dass der Übergang zu einem Verhältniswahlrecht solche Folgen haben kann; das in Russland vorgeschlagene System mit gesamt-russischen Listen erhöht noch die Wahrscheinlichkeit, dass die neuen Gesetze diese Konsequenzen haben. Wiederum nach weltweiter Erfahrung zu urteilen, kann aber eine andere bedeutende Auswirkung des Verhältniswahlrechts sein, dass sich die Zahl der Parteien erhöht (größere politische Fragmentierung).

#### ... und Verringerung der Zahl der Parteien

Freilich hat in Russland auch das System der einfachen Mehrheit in den Einzelwahlkreisen diese Tendenz kaum unterdrücken können, da Unabhängige in diesen Wahlkreisen die führende Rolle spielten. Es stimmt aber auch, dass sich die Unabhängigen in der Duma in der Regel den größten Fraktionen anschlossen; diese Tendenz verstärkte sich im Laufe der Geschichte des russischen Parlamentarismus immer mehr. Bei den Dumawahlen erhielt die führende Partei, „Einiges Russland (Edinaja Rossija)“, 37,6% der Stimmen und etwa die Hälfte der Mandate. Dadurch, dass sich unabhängige Abgeordnete ihrer Fraktion anschlossen, wuchs diese auf zwei Drittel aller Dumaabgeordneten an. Dies ist natürlich ein wichtiger Vorteil, die jede führende Partei bei einer Beibehaltung des gemischten Systems haben würde. Obwohl eine erhöhte Parteidisziplin und -zentralisierung allem Anschein nach hohe Priorität für die in Russland regierende Gruppe besitzt, ist der Einsatz in diesem Fall höher: Eine hohe Fragmentierung kann die politische Kontrolle über das Parlament als Ganzes in Frage stellen.

Daraus ergibt sich die dritte Priorität, die sich eindeutig aus dem Inhalt der Reform ergibt: die Verringerung der Anzahl politischer Parteien in der politischen Arena. Es ist offenbar, dass gerade dies das Ziel des Parteiengesetzes ist, da 50.000 Mitglieder für Russland mit seiner atomisierten Gesellschaft und fast völligem Fehlen von Bürgeraktivität eine hohe Messlatte

ist. Aber auch das Wahlgesetz enthält Bestimmungen, die auf die Elimination der kleinen Parteien zielen. Dies sind vor allem die Erhöhung des Mindestanteils der Stimmen, die nötig sind, um im Parlament vertreten zu sein, auf 7% und das Verbot, Wahlbündnisse zu bilden. Es ist offensichtlich, dass viele kleine Parteien Erfolg in föderalen Wahlen nur als Teil von Wahlbündnissen hatten.

### Wird die Fragmentierung wirklich beseitigt?

Die Frage ist, ob die gesetzlichen Neuerungen ein effektives Mittel im Kampf gegen die Fragmentierung sind. Gegenwärtig sind in Russland 42 politische Parteien registriert. Wahrscheinlich werden die meisten von ihnen tatsächlich 2006 von der Bühne verschwinden. Allerdings lassen mich meine Beobachtungen bei Regionalwahlen vermuten, dass mit ziemlich hoher Wahrscheinlichkeit trotzdem 15 übrig bleiben werden. In anderen Worten bleiben alle nur irgendwie relevanten Parteien, die an den Wahlen 2003 teilgenommen haben, in der politischen Arena, und es kommen wahrscheinlich einige dazu. Dies bedeutet, dass, bei gleich bleibenden Wählerpräferenzen, die tatsächliche Fragmentierung der Parteien nicht weniger wird, sind doch die Träger dieser Fragmentierung nicht die Mikroparteien, die weniger als ein Prozent der Stimmen erhalten (und die wahrscheinlich verschwinden werden), sondern diejenigen kleinen Parteien, die einige Prozent erreichen, wie z.B. die Agrarpartei Russlands, die Partei der Pensionäre oder die Partei des Lebens. Es kann angenommen werden, dass solche Organisationen die Anforderungen des Parteiengesetzes erfüllen können.

Es gibt also keinen Grund zu der Annahme, dass das Problem der Fragmentierung durch eine mechanische Anwendung des Parteiengesetzes gelöst werden kann. Letzten Endes geben die Präferenzen der Wähler den Ausschlag. Diese zeigten aber im Jahre 2004, sowohl nach Meinungsumfragen als nach regionalen Wahlergebnissen zu schließen, keine Tendenz zu einem

weniger fragmentierten Abstimmverhalten. „Einiges Russland (Edinaja Rossija)“, wie auch die mittleren Parteien KPRF, LDPR und „Mutterland (Rodina)“, zogen bestenfalls mit den Ergebnissen, die sie bei den Wahlen 2003 erhalten hatten, gleich. Bei einigen Regionalwahlen waren die Agrarpartei, die Partei der Rentner und die Union der Rechten Kräfte erfolgreich. Die Fragmentierung nimmt also zu.

### Konsequenzen des neuen Wahlsystems

Im Lichte dieser Tendenzen sollten die potentiellen Auswirkungen der neuen Gesetzgebung in kurz- und langfristige unterteilt werden. Kurzfristig werden die neuen Gesetze die Rolle der Parteien stärken, und sei es auch nur, weil sie stärkere Anreize schaffen, Politiker an Parteien zu binden. Die Eliminierung der Mikroparteien wird indirekt auch hierzu beitragen. Langfristig, je näher die nächsten Parlamentswahlen rücken, wird die Konstellation der Interessen der regierenden Gruppe und der Wählerpräferenzen die entscheidende Rolle spielen. Die neue Gesetzgebung ist für die regierende Gruppe nur dann von Vorteil, wenn sie 1) an der Kontrolle der Duma durch eine Partei interessiert ist und 2) sicher ist, dass die Mehrheit der Wähler für eine Partei stimmen will. Wenn die zweite Bedingung nicht erfüllt wird, werden die neuen Gesetze nur dann einen Vorteil bieten, wenn die regierende Gruppe bewusst danach strebt, einer führenden Partei die Kontrolle über die Duma im Ganzen zu verweigern. Dies wäre nur im Falle einer für die heutige russische Regierung äußerst negativen Wendung der Ereignisse im Lande möglich. Wenn es nicht dazu kommt, aber „Einiges Russland“ (oder eine andere von der Regierung kontrollierte Partei) keine Mehrheit erringen kann, würde ich vermuten, dass das Wahlgesetz für die restliche Zeit bis 2007 unter dem einen oder anderen Vorwand geändert wird. Dafür reicht eine einfache Mehrheit in der Duma aus.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann  
Redaktion: Hans-Henning Schröder*

### Über den Autor

Grigorii V. Golosov ist Politologe und Professor an der „European University“ in St. Petersburg.

### Lesetipps

Die im Text erwähnten Gesetze finden sich auf Russisch unter folgenden Webadressen:

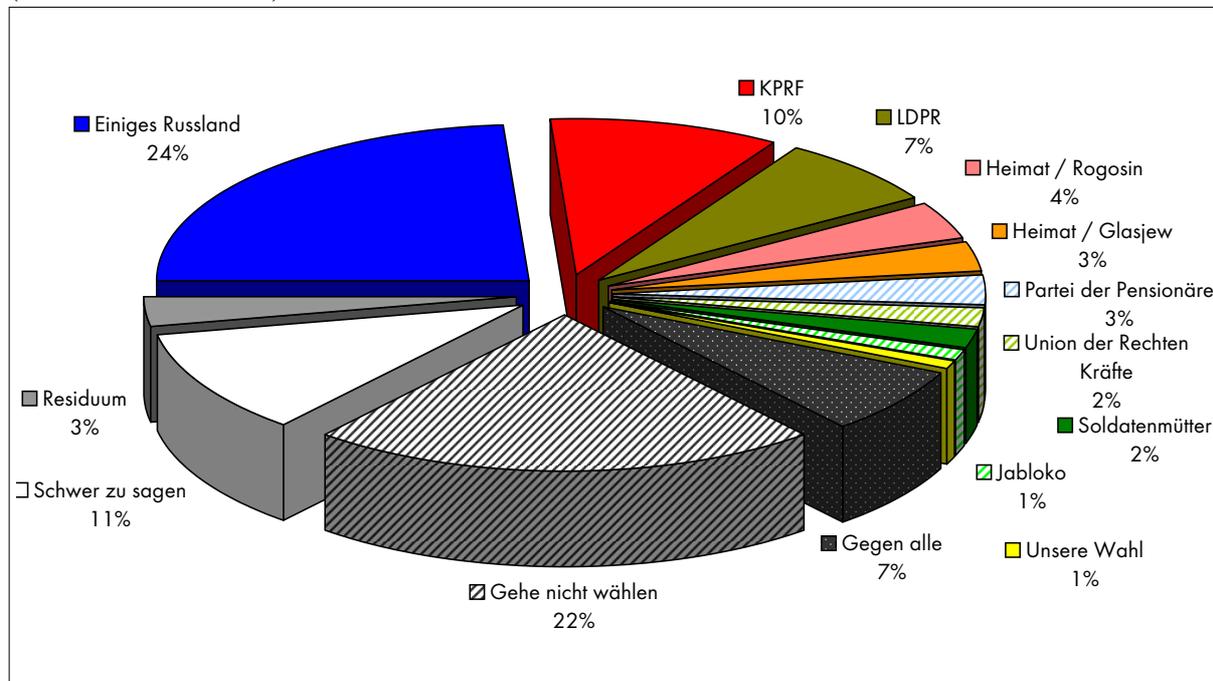
Federal'nyj Zakon: O vyborach deputatov Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii. Proekt (Proekt Nr. 118923-4) <http://asozd.duma.gov.ru/intranet/kom03.nsf/1/CDDF827302C230EBC3256F8C0035FB29?OpenDocument>

Federal'nyj Zakon ot 20.12.2004 N 168-FZ: „O vnesenii izmenenij v Federal'nyj Zakon ‚O političeskich partijach“ (prinjat GD FS RF 03.12.2004) <http://www.rg.ru/printable/2004/12/24/partii.html>

Tabellen und Grafiken zum Text

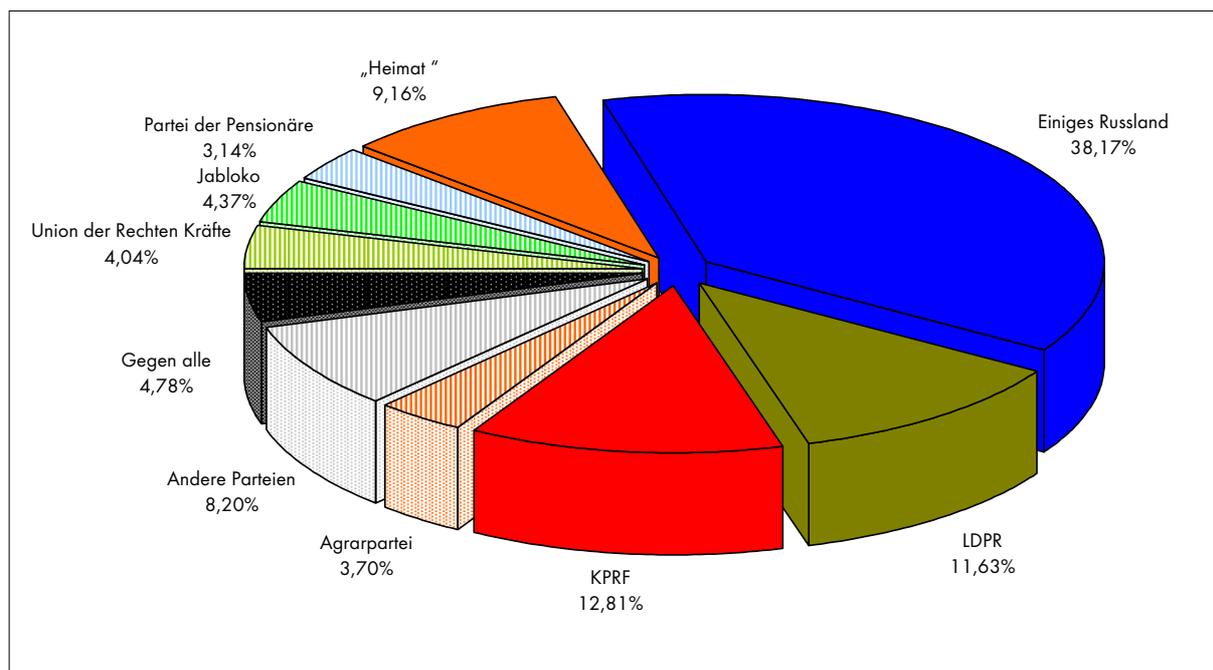
### Parteienpotential 2003 und 2005. Fraktionsbildung 2004

Für welche Partei würden Sie stimmen, wenn die Wahlen nächsten Sonntag stattfänden?  
(Ende Dezember 2004)



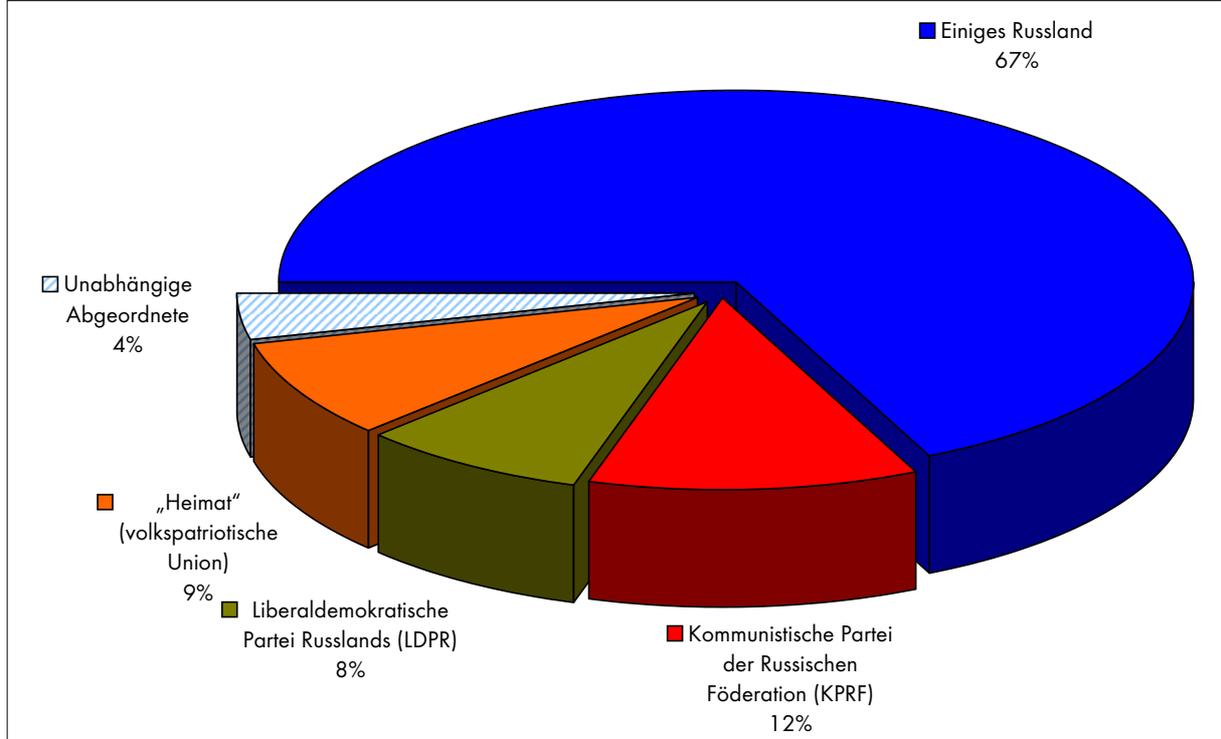
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, Ende Dezember 2004, [www.levada.ru./press/2005011203.html](http://www.levada.ru./press/2005011203.html)

### Verteilung der Listenstimmen bei den Dumawahlen am 7.12.2003



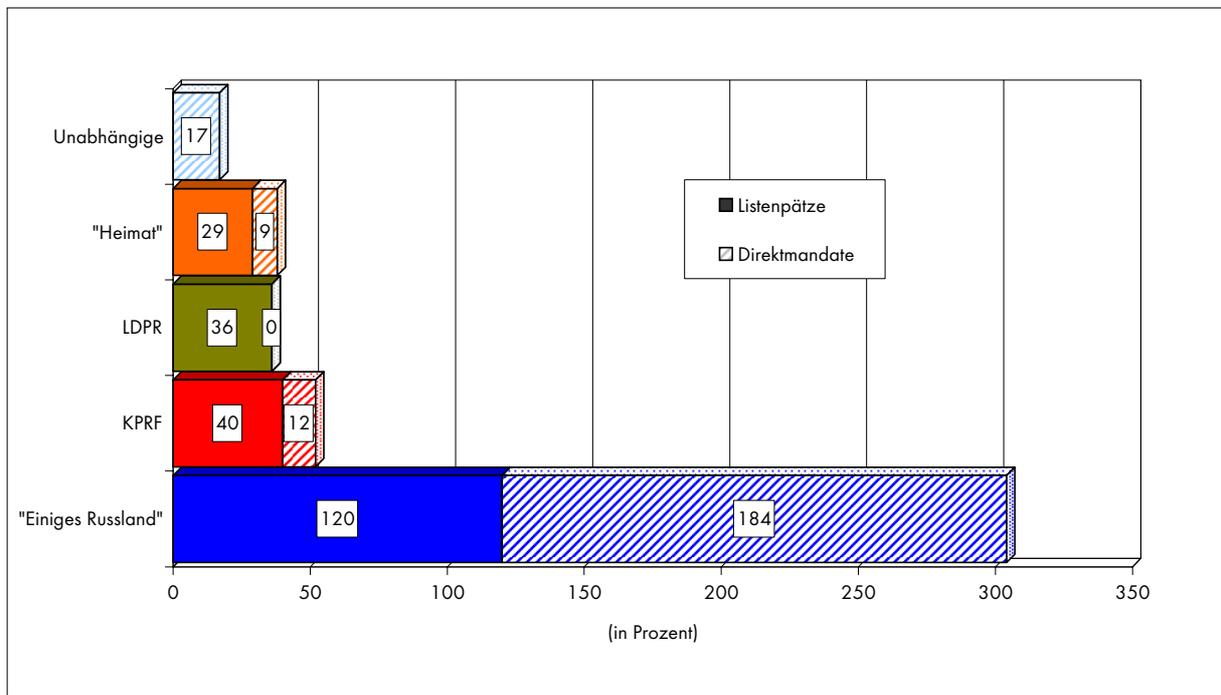
Nach: [http://www.izbirkom.ru/izbirkom\\_protokols/sx/page/protokol2](http://www.izbirkom.ru/izbirkom_protokols/sx/page/protokol2), 9. Dezember 2003

Fraktionen in der Duma, Ende Januar 2004



Ermittelt nach den Angaben der Dumaseite und der Wahlseite bei RFE

Fraktionen in der Duma, Ende Januar 2004



Ermittelt nach den Angaben der Dumaseite und der Wahlseite bei RFE

## Kommentar

# Landesweite Proteste gegen die Monetarisierung von Sozialleistungen

Hans-Henning Schröder, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am 1. Januar 2005 trat ein Gesetz in Kraft, dessen nichtssagender Titel auf den ersten Blick nicht verriet, welchen Sprengstoff es enthielt. Und erst am 11. Januar, nach dem Ende der weihnachtlichen Festtagspause, reagierten die Betroffenen. Und betroffen waren viele russische Bürger – Rentner, Veteranen der Arbeit und des Vaterländischen Krieges, Mitarbeiter der Miliz, Arbeitslose, Tschernobyl-Opfer, Invaliden, Opfer der politischen Repression, Kultureinrichtungen, ehemalige Feuerwehrleute und viele andere mehr. Sie alle hatten bisher eine ganze Reihe von Sozialleistungen in Naturalform erhalten – unentgeltliche oder verbilligte Fahrt auf öffentlichen Nahverkehrsmitteln und der Eisenbahn, unentgeltliche Telephonanschlüsse, freie Gesundheitsversorgung von Amts wegen, verminderte Mietnebenkosten u.ä. Durch das Gesetz wurden diese Naturalvergünstigungen abgeschafft und durch Geldzahlungen ersetzt.

Zwingend war diese Bestimmung für die 12 Millionen „föderalen“ – also aus dem föderalen Budget finanzierten – Rentner und Vergünstigungsempfänger. Den Regionen wurde freigestellt, die 20 Millionen Personen, die aus den regionalen und lokalen Haushalten finanziert wurden, weiter ihre Vergünstigungen zu gewähren. Doch die Kompensationszahlungen, die föderales Zentrum und Regionen bereitstellten, deckten die bisherigen Leistungen nicht ab. Landesweit gingen

Rentnergruppen auf die Straße und protestierten. Die Protestaktionen dehnten sich rasch aus und zogen auch Oppositionsparteien an, die den Rentnerprotesten eine politische Stoßrichtung zu geben versuchten. Die verfehlten Reformmaßnahmen wirkten sich auch auf die öffentliche Meinung aus: während die Angst vor Kriminalität und Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 2004 leicht zurückgegangen war, nahm die Angst vor Verarmung und Inflation deutlich zu (vgl. Graphik auf Seite 14). Bei der Frage nach den prioritären Aufgaben der Regierung rangierte soziale Sicherheit nun ganz vorn (vgl. Graphik auf Seite 15). Mit der Monetarisierung der Sozialleistungen hat die Putin-Administration offenbar ein Eigentor geschossen.

In der Tat ist die Reform wenig durchdacht und in der Durchführung voller Mängel. Der Verteidigungsminister etwa mußte mit Verblüffung konstatieren, dass er seine Soldaten nicht mehr ohne weiteres auf Dienstreise schicken kann: Soldaten haben seit dem 1. Januar keinen Anspruch mehr auf freie Beförderung mit der Eisenbahn. Aber die Einheiten haben auch keine Etatmittel, um die Fahrkarten zu bezahlen. So beeilten sich Präsident, Regierung und Regionalverwaltungen denn auch, dem Konflikt durch Zugeständnisse und rasche Rentenerhöhung die Spitze zu nehmen.

### Lesehinweis:

Das Gesetz, das die Streichung der bisher geltenden Vergünstigungen für Rentner und andere Bevölkerungsgruppen bzw. ihre Ablösung durch Geldzahlungen regelt findet sich an folgender Stelle:

*Federal'nyj Zakon ot 22.08.2004 N 122-FZ „O vnesenii ismenenij v zakonodatelnye akty Rossijskoj Federazii i priznanii utrativschimi silu nekotorych zakonodatel'nych aktov Rossijskoj Federazii v svjazi s prinjatijem Federal'nych Zakonov „O vnesenii ismenenij i dopolnenij v Federal'nyj Zakon „Ob obschtschich prinzipach organizazii zakonodatelnych (predstavitelnych) i ispolnitel'nych organov gosudarstvennoj vlasti subektov Rossijskoj Federazii“ i „Ob obschtschich prinzipach organizazii mestnogo samoupravlenija v Rossijskoj Federazii“ (Über die Einbringung von Änderungen in Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation und die Bezeichnung einiger Gesetzgebungsakte der Russischen Föderation, die außer Kraft gesetzt werden, in Verbindung mit der Verabschiedung der Föderalen Gesetze „Über die Einbringung von Änderungen und Ergänzungen in das Föderale Gesetz „Über allgemeine Prinzipien der Organisation der Gesetzgebungs- (Vertretungs-) und Exekutivorgane der Staatsmacht der Subjekte der Russischen Föderation“ und „Über allgemeine Prinzipien der Organisation der lokalen Selbstverwaltung in der Russischen Föderation“ (Angenommen von der Staatsduma am 05.08.2004) <http://www.rg.ru/2004/08/31/samoupravlenije-dok.html>*

## Dokumentation

### Proteste gegen die Sozialreformen

(hier nur die Aktionen bis zum 21. Januar aufgeführt)

Wann	Wo	Wer	Wie	Ziele
10. Januar 2005	Chimki, Moskauer Gebiet	150–300 Rentner	Nicht genehmigte, parteilose, dreistündige Versammlung. Rentner sperren die Leningrader Chaussee	Protest gegen die Abschaffung der städtischen Verkehrsvergünstigungen für Bewohner des Moskauer Umlandes
10. Januar 2005	Dubna, Mytischtschi, Solnetschnogorsk, Moskauer Gebiet	Einige Dutzend Rentner	Nicht genehmigte, spontane Versammlungen	Protest gegen die Abschaffung der städtischen Verkehrsvergünstigungen für Bewohner des Moskauer Umlandes
10. Januar 2005	Samara	300 Rentner und Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges	Rentner mit KP-Parolen sperren eine der Hauptstraßen	Gegen die Abschaffung der kostenlosen Fahrt im städtischen öffentlichen Nahverkehr
10. Januar 2005	Wladimir	Nach unterschiedlichen Angaben, von 200 bis 500 Rentnern	Blockieren den Verkehr auf zentralen Straßen der Stadt	Protestaktion anlässlich des Inkrafttretens des Gesetzes über die Monetarisierung der Vergünstigungen. Den Teilnehmer wird Strafverfolgung angedroht.
10. Januar 2005	Almetjewsk, Republik Tatarstan	5.000 Einwohner	Nicht genehmigte Versammlung auf dem Zentralplatz	Es wird gefordert die Freifahrt für Rentner wieder einzuführen und die hundertprozentige Zahlung von Miete und Kommunalgebühren abzuschaffen
10. Januar 2005	Saryj Oskol, Belgoroder Gebiet	Ungefähr 30 Rentner	Blockieren den Straßenbahnverkehr an einer Haltestelle	Protestaktion gegen die Abschaffung der Vergünstigungen für Rentner bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel
10. Januar 2005	Sterlitamak, Baschkortostan	Mehr als 8.000 Personen	Blockieren den Verkehr vor dem Gebäude der städtischen Verwaltung	Forderung, die Reform zurückzunehmen
11. Januar 2005	Togliatti, Samaraer Gebiet	Nach unterschiedlichen Angaben, von 200 bis 600 Rentnern	Es werden einige Hauptstraßen blockiert und Posten vor dem Bürgermeisteramt aufgestellt	Gegen die Ersetzung von Vergünstigungen durch Geldzahlung
11. Januar 2005	Barnaul, Republik Altaj	500 Rentner	Nicht genehmigte Versammlung	Forderungen, die freie Fahrt im städtischen Nahverkehr wieder einzuführen und die hundertprozentige Zahlung von Miete und Kommunalgebühren abzuschaffen
11. Januar 2005	Dserschinsk (Nizhnij-Nowgoroder Gebiet)	400 Personen: Rentner, Invaliden und Kriegsveteranen		Gegen die Abschaffung der Nahverkehrsvergünstigungen
12. Januar 2005	Ishewsk, Udmurtien	3000 Demonstrationsteilnehmer	Nicht genehmigte Versammlung, Einwohner marschieren in Richtung auf den Präsidentenpalast. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses war das Stadtzentrum abgesperrt.	Gegen die Ersetzung von Vergünstigungen durch Geldzahlung

Täglich seit Anfang Januar	Tula	Ehemalige Bevorrechtigte	Weigerung, das Fahrgeld zu zahlen	
Täglich seit 10. Januar	Perm	Rentner		Forderung, die Vergünstigungen wieder einzuführen
12. Januar 2005	Moskau	12 Personen		Forderung nach dem Rücktritt der Regierung
12. Januar 2005	Pensa	Ungefähr 1.000 Rentner und Invaliden		Forderung nach der Auszahlung der Geldkompensationen
12. Januar 2005	Almetjewsk	Einige Dutzend Rentner		Leitmotiv: "Nieder mit den Kompensationen! Wiedereinführung der Vergünstigungen!"
13. Januar 2005	Staryj Oskol	2.000 Rentner		Rentner fordern die Wiedereinführung der Fahrgeldfreiheit
13. Januar 2005	Krasnogorsker Rayon, Moskauer Umland	300 Rentner		Gegen Abschaffung von Vergünstigungen
14. Januar 2005	Kaluga	400 ältere Leute und Invaliden	Unterschriftensammlung mit der Forderung nach Abschaffung der Monetarisierung der Vergünstigungen	
14. Januar 2005	Nishnij Nowgorod	60 Opfer politischer Repression		Gegen die Ersetzung von Vergünstigungen durch Geldzahlung
14. Januar 2005	Sankt Petersburg	400 Personen: Rentner und Vertreter linksradikaler Gruppen	Versammlung gegen Abschaffung von Vergünstigungen	
14. Januar 2005	Samara	60 Rentner, Vertreter der KPRF und der Nationalbolshewisten		Gegen die Abschaffung der Nahverkehrsvergünstigungen
14. Januar 2005	Pensa	1.500 Rentner	Gegen den Ersatz von Vergünstigungen durch Geldzahlungen	
14. Januar 2005	Tscherepowez	200 Rentner	Gegen die Abschaffung der Nahverkehrsvergünstigungen	
14. Januar 2005	Rybinsk (Jaroslawer Gebiet)	200 Rentner		Fordern von der Exekutive die Wiedereinführung der Fahrgeldfreiheit, den Rücktritt des Präsidenten, des Gouverneurs und der Bürgermeister im Bezirk Rybinsk
15. Januar 2005	Chimki (Moskauer Gebiet)	Mehr als 1.000 Rentner und Veteranen		Rentner fordern die Senkung der kommunalen Tarife und die Erhöhung der Renten
15. Januar 2005	Kasan	300 Rentner		Rentner fordern die Abschaffung der Gesetze über die Auszahlung von Vergünstigungen
16. Januar 2005	Nishnij Nowgorod	300 Rentner	Verkehrsblockade auf einer der Hauptstraßen	Forderung, im öffentlichen Nahverkehr wieder die freie Fahrt einzuführen
16. Januar 2005	Sankt Petersburg	5.000 Personen	Blockade des Newski-Prospekts	Gegen die Ersetzung von Vergünstigungen durch Geldzahlung

17. Januar 2005	Angarsk (Irkutsker Gebiet)	Mehr als 1.500 Personen	Nicht genehmigte Versammlung vor dem Gebäude der Regionalverwaltung	Abschaffung des Gesetzes zur Monetarisierung von Vergünstigungen
17. Januar 2005	Perm	2.000 Personen	Verkehrsblockade der Hauptstraße	Abschaffung des Gesetzes zur Monetarisierung von Vergünstigungen
17. Januar 2005	Süd-Sachalinsk	Ungefähr 100 Personen	Streikposten vor der Gebietsverwaltung	Forderung, die Kompensationen zu erhöhen
17. Januar 2005	Chabarowsk	Ungefähr 1.000 Personen	Der Straßenbahnverkehr im Stadtzentrum wird für eine Stunde lahm gelegt, Konflikte zwischen Blockierenden und Straßenbahnfahrern	Gegen Abschaffung von Vergünstigungen
17. Januar 2005	Tjumen	200 ehemals Bevorrechtigte	Versammlung vor dem Gebäude der Regionalverwaltung	Plakate "Nieder mit der Monetarisierung!" und „Rücktritt der Regierung!“
17. Januar 2005	Wyshnij Volotschok	Einige 100 Rentner	Verkehrsblockade auf der Leningrader Chaussee	Fordern, die Vergünstigungen wieder einzuführen
17. Januar 2005	Samara	20 Rentner	Spontane Versammlung	Gegen Abschaffung von Vergünstigungen
17. Januar 2005	Tscherkessk	Mehr als 100 Rentner	Blockade der zentralen Hauptstraße	Gegen Abschaffung von Vergünstigungen
17. Januar 2005	Naltschik	300 Rentner	Protestaktion vor dem Regierungsgebäude	Gegen Abschaffung von Vergünstigungen
17. Januar 2005	Wologda	Einige 100 Personen	Verkehrsblockade der Hauptstraße	Gegen Abschaffung von Vergünstigungen
18. Januar 2005	Perm	300–400 Personen: Rentner, Studenten, Vertreter von Veteranenorganisationen sowie der Parteien „Jabloko“ und KPRF	Verkehrsblockade auf der Bundesstraße Perm-Moskau und der städtischen Hauptstraße	Fordern, das Gesetz über Monetarisierung der Vergünstigungen abzuschaffen
18. Januar 2005	Tomsk	1.500–2.000 Personen	Blockade der zentralen Hauptstraße	Gegen Abschaffung von Vergünstigungen
18. Januar 2005	Nabereshnye Tschelny (Tatarstan)	Einige Hundert Rentner	Nicht genehmigte Versammlung	Forderungen, die freie Fahrt im Verkehrswesen wieder einzuführen, Miete und Kommunalabgaben zu senken und die Rente zu verdoppeln.
18. Januar 2005	Nowosibirsk	30 Rentner	40-minütige Blockade der Straßenbahnen	Gegen den Ersatz von Vergünstigungen durch Geldzahlungen
18. Januar 2005	Krasnodar	1.000 ältere Personen	Streikposten vor dem Gebäude der Stadtverwaltung	Gegen die Abschaffung der kostenlosen Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln und gegen die Erhöhung von Miete und Kommunalabgaben
19. Januar 2005	Togliatti	Mehr als 1.000 Personen	Versammlung vor der Stadtduma; das gesamte Zentrum der Stadt wird blockiert	„Zieht die Macht für die erbärmliche Existenz zur Verantwortung“
19. Januar 2005	Perm	400 Rentner	Versammlung im Stadtzentrum	Gegen die Ersetzung von Vergünstigungen durch Geldzahlung. Forderung, den Druck auf Organisatoren des Protests zu beenden.
19. Januar 2005	Kaluga	1.000 Personen	Nicht genehmigte Aktion vor dem Stadtparlament. Drei zentrale Straßen werden blockiert.	Gegen die Sozialreform

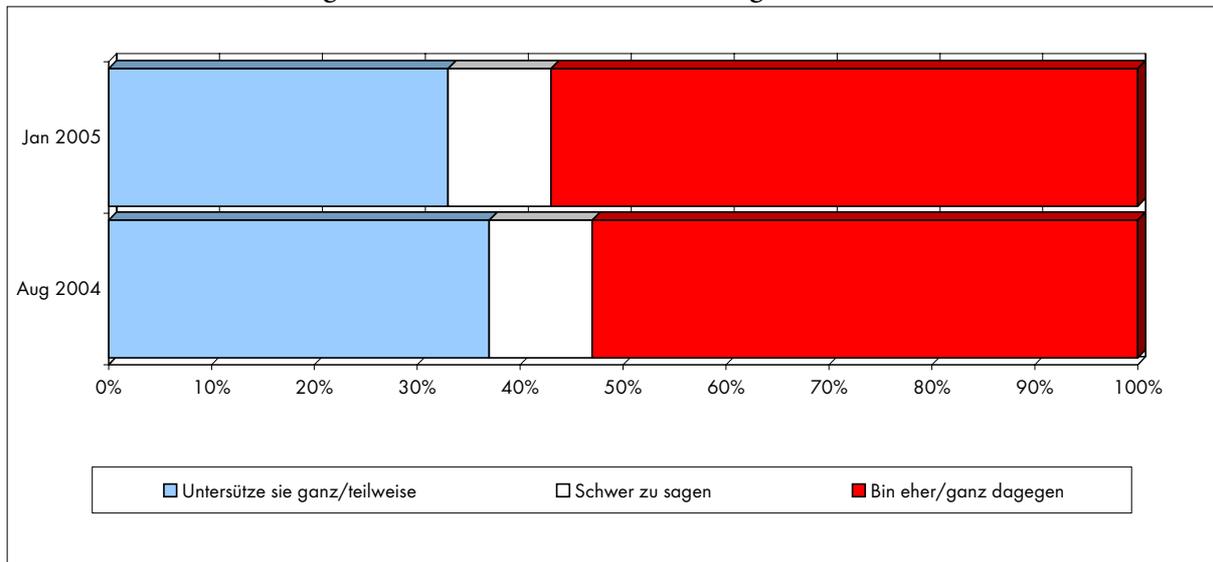
19. Januar 2005	Krasnodar	400 Personen	Streikposten vor dem Bürgermeisteramt. Die Leute werfen mit Kleingeld nach den Mitarbeitern des Bürgermeisters	Abschaffung des Gesetzes über die Monetarisierung der Vergünstigungen
19. Januar 2005	Ishewsk	300 Rentner	Versammlung vor dem Regierungsgebäude	Gegen die Monetarisierung
19. Januar 2005	Jekaterinburg	20 Schüler zwischen 14 und 17 Jahren	Versuch, in das örtliche Büro der Partei "Einiges Russland" einzudringen	Parole "Euch die Moneten - den Rentnern das Geld"
19. Januar 2005	Tschita	1.000 Rentner	Genehmigte Streikposten, 400 Personen blockieren dessen ungeachtet den Verkehr	Forderung, die Vergünstigungen wieder in vollem Umfang einzuführen
20. Januar 2005	Nowosibirsk	2.000 Personen	Blockade der Hauptstraße der Stadt	Abschaffung der Monetarisierung, Forderungen nach dem Rücktritt der Regionalregierung, Aufrufe zur „Revolution“
20. Januar 2005	Petrosawodsk	500 Rentner	Nicht genehmigte Versammlung vor dem Gebäude des regionalen Parlaments	Gegen den Ersatz der Vergünstigungen durch Geldkompensationen.
20. Januar 2005	Saratow	200–300 Rentner	Aktionen werden von der örtlichen Verwaltung untersagt. Rentner blockieren dennoch die Gorki-Straße. Bei Zusammenstößen mit der Miliz werden mehrere Personen in Mitleidenschaft gezogen	Gegen die Monetarisierung der Vergünstigungen
20. Januar 2005	Orechowo-Suewo (Moskauer Gebiet)	4.000 Personen	Versammlung auf dem zentralen Platz	Forderung nach Rücktritt der Regierung
20. Januar 2005	Bijsk	3.000 Rentner und Studenten	Blockade der Hauptdurchgangstraßen	Rückgabe des Rechts auf kostenlose Fahrt an die Rentner, Abschaffung der hundertprozentigen Bezahlung von Miete und Kommunalabgaben
21. Januar 2005	Archangelsk	200–300 Rentner	Nicht genehmigte Versammlung	Gegen das Föderale Gesetz Nr. 122
21. Januar 2005	Barnaul	10.000 Personen	Nicht genehmigte Versammlung auf dem Zentralplatz	Gegen Sozialreform, gegen die Regierung
21. Januar 2005	Ishewsk	1.500–2.000 Rentner	Blockade einer der zentralen Straßen der Stadt	Forderungen, die Dumaabgeordneten abzuwählen, die Vergünstigungen im vollen Umfang wieder herzustellen.
21. Januar 2005	Usolje-Sibirskoe	1.000 Personen	Versammlung auf dem zentralen Platz	Forderungen nach Abschaffung des Gesetzes über die Monetarisierung und nach Rücktritt der Regierung
21. Januar 2005	Tscheljabinsk	500 Personen	Protestaktion vor dem Büro von "Einiges Russland"	Forderungen nach Rücktritt der Regierung und Auflösung der Duma
21. Januar 2005	Petropawlowsk-Kamtschatskij	Nach unterschiedlichen Angaben, 300–500 Personen	Protestaktion im Stadtzentrum	Forderung, das Gesetz Nr. 122 abzuschaffen

Quelle: *Novaja gazeta*, 13.1.2005, 17.1.2005, 20.1.2005, 24.1.2005 <<http://2005.novayagazeta.ru/nomer/2005/02n/n02n-s02.shtml>; <http://2005.novayagazeta.ru/nomer/2005/03n/n03n-s00.shtml>; <http://2005.novayagazeta.ru/nomer/2005/04n/n04n-s00.shtml>; <http://2005.novayagazeta.ru/nomer/2005/05n/n05n-s02.shtml>>

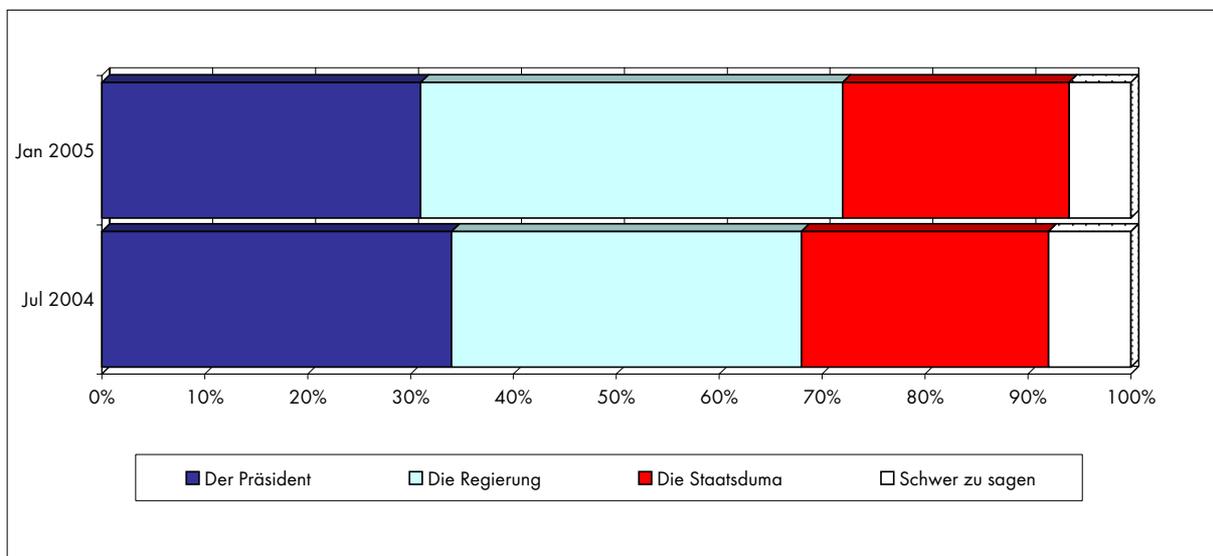
Umfrage

### Beurteilung der laufenden Sozialreform

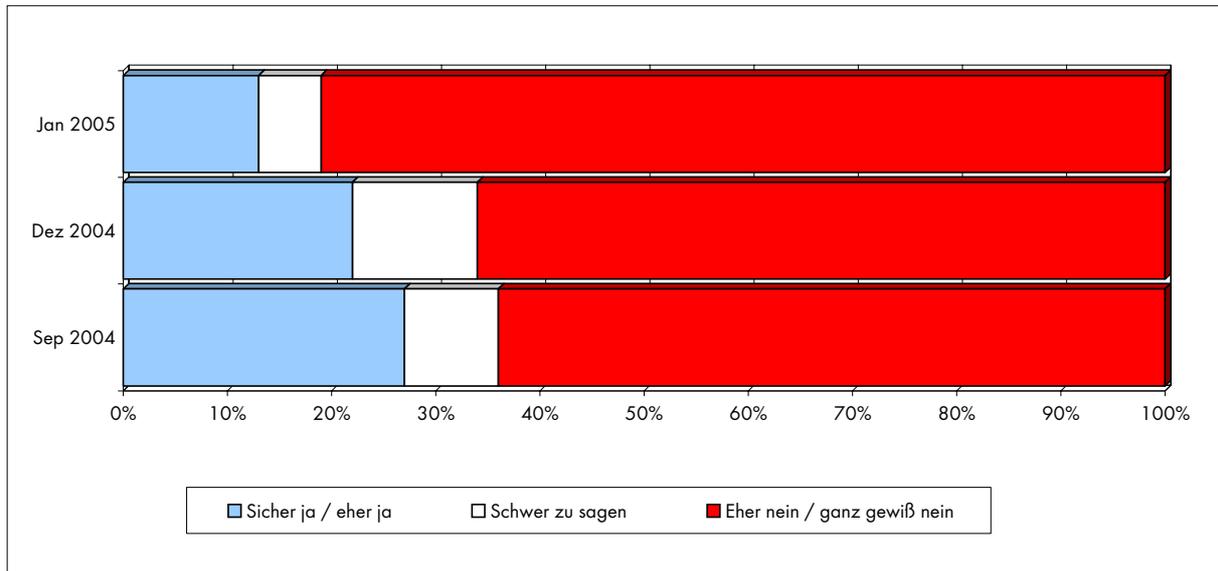
Unterstützen Sie die Entscheidung die jetzigen Vergünstigungen für Rentner bei Kommunalabgaben, Telefon, Arzneimittel, Fahrgeld usw. durch eine Rentenerhöhung zu ersetzen?



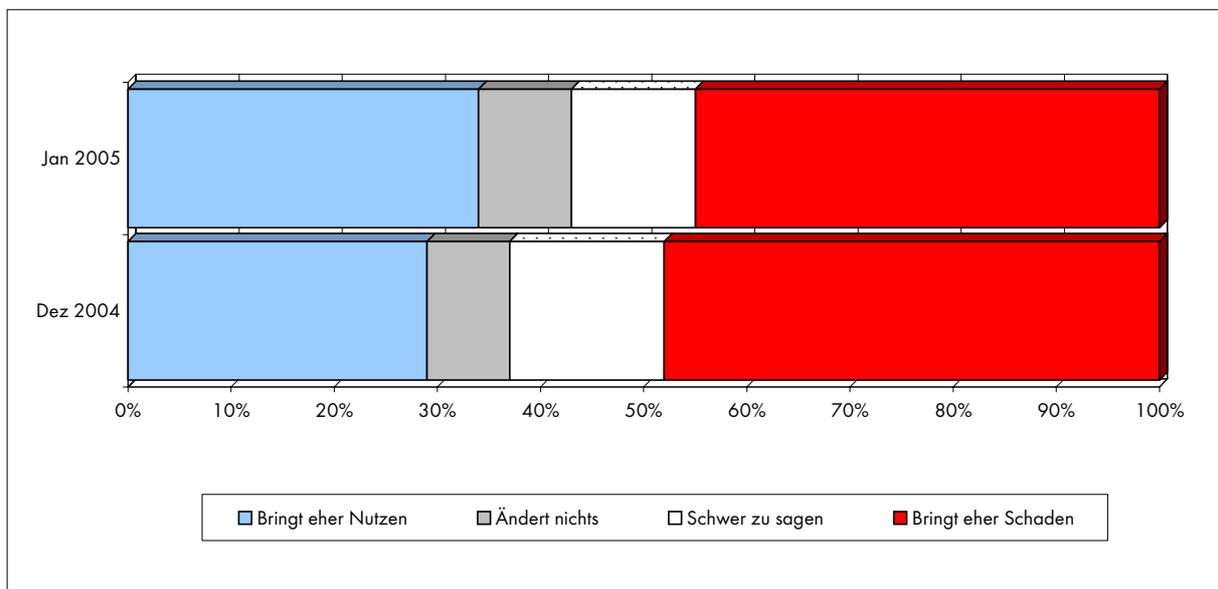
Wer trägt Ihrer Ansicht nach die Verantwortung über die Entscheidung für die Ersetzung der Vergünstigungen für Rentner durch Geldkompensationen?



Halten Sie diesjährige die Ersetzung der Vergünstigungen für Rentner durch Geldkompensationen für durchdacht und gut vorbereitet?



Wie wirkt sich diese Sozialreform auf das Land aus?

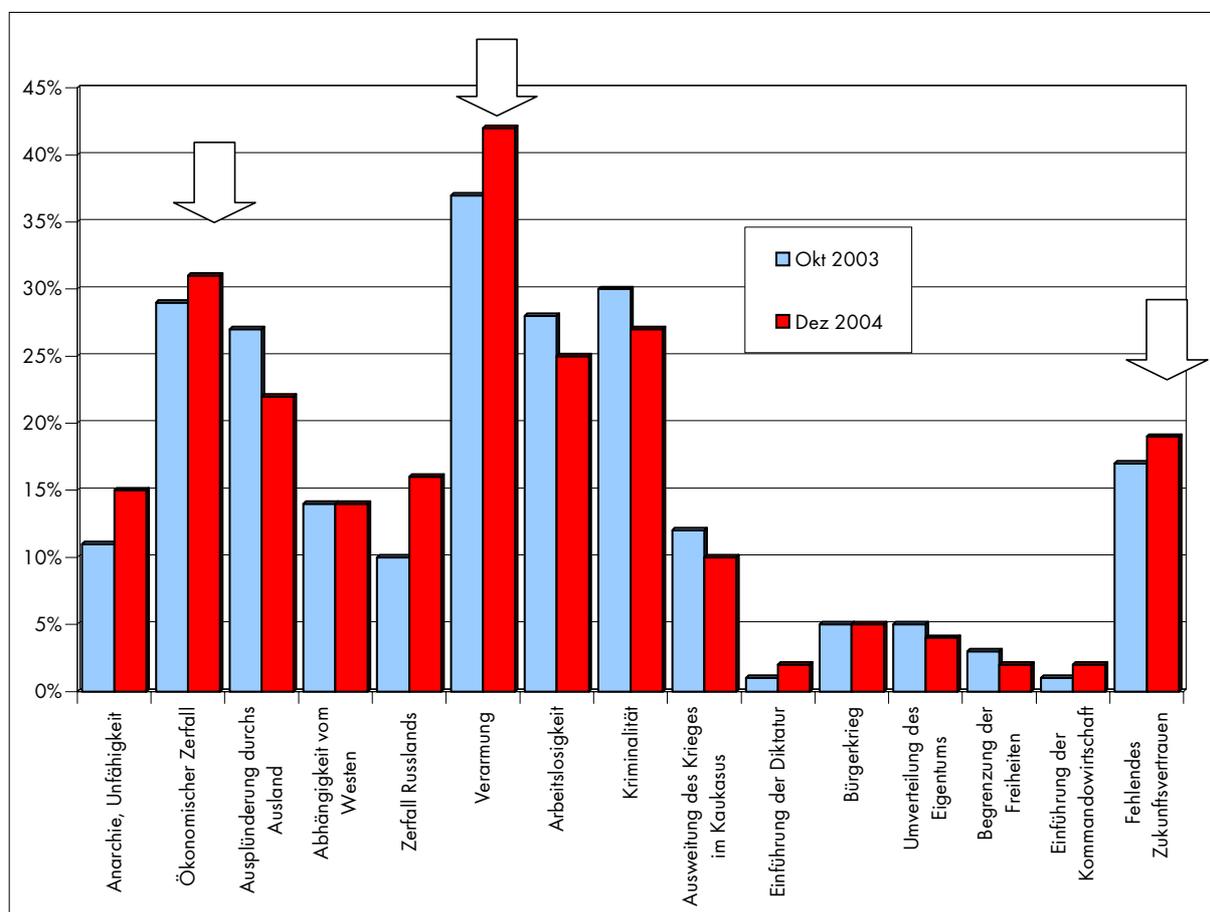


Quelle für die Grafiken auf den Seiten 13 und 14: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 21.–24.1. 2005;  
<http://www.levada.ru./press/2005012602.html>, 27. Januar 2005

## Umfrage

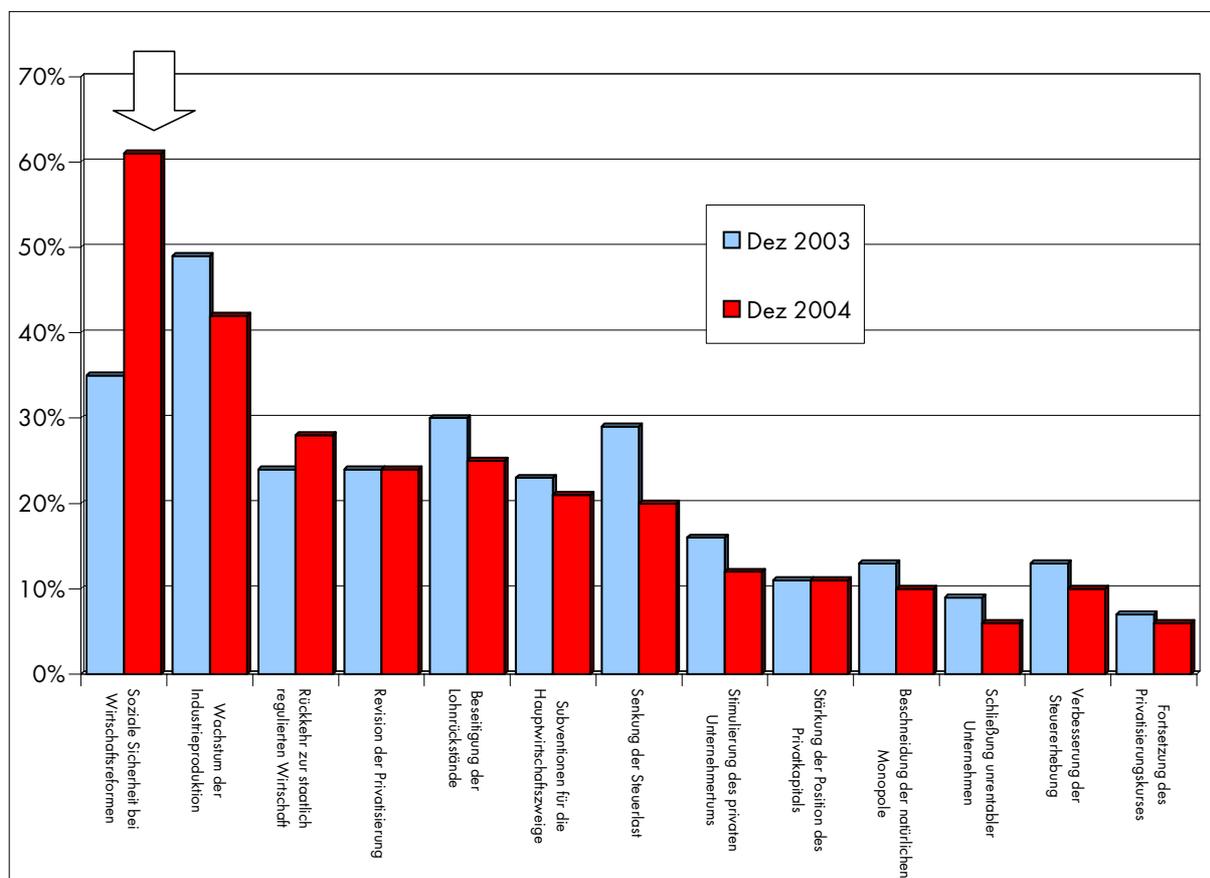
## Die Hauptsorge Ende 2004: Angst vor Verarmung

Was bedroht Russland heute vor allem?



	Oktober 2003	Dezember 2004	Zuwachs/ Abnahme
Machtlosigkeit, Anarchie, Unfähigkeit der Führung	11%	15%	4%
Ökonomischer Zerfall	29%	31%	2%
Diebstahl nationaler Reichtümer durch ausländische Staaten und Firmen	27%	22%	-5%
Wachsende Abhängigkeit vom Westen	14%	14%	0%
Zerfall Russlands als einheitlicher Staat	10%	16%	6%
Preiswachstum, Verarmung der Bevölkerung	37%	42%	5%
Wachstum der Arbeitslosigkeit	28%	25%	-3%
Weiterer Zuwachs der Kriminalität	30%	27%	-3%
Ausweitung des Krieges in Tschetschenien in andere kaukasische Republiken	12%	10%	-2%
Einführung der Diktatur	1%	2%	1%
Bürgerkrieg	5%	5%	0%
Umverteilung des Eigentums	5%	4%	-1%
Begrenzung der Freiheiten	3%	2%	-1%
Rücknahme der Reformen, Einführung der Kommandowirtschaft	1%	2%	1%
Fehlendes Vertrauen in den morgigen Tag	17%	19%	2%

## Mit welchen Fragen soll die Regierung sich vorrangig beschäftigen?



	Dez 2003	Dez 2004
Gewährleistung der sozialen Sicherheit bei Durchführung von Wirtschaftsreformen	35%	61%
Wachstum der Industrieproduktion	49%	42%
Rückkehr zur staatlich regulierten Wirtschaft	24%	28%
Revision der Ergebnisse der Privatisierung der großen staatlichen Objekte	24%	24%
Beseitigung der Zahlungsrückstände bei Lohn und Renten	30%	25%
Staatliche Subventionen für die Hauptwirtschaftszweige	23%	21%
Senkung der Steuerlast	29%	20%
Stimulierung des privaten Unternehmertums	16%	12%
Stärkung der Position des Privatkapitals	11%	11%
Beschneidung des Einflusses der natürlichen Monopole	13%	10%
Schließung unrentabler Unternehmen	9%	6%
Verbesserung der Steuererhebung	13%	10%
Fortsetzung des Privatisierungskurses	7%	6%

Quelle für die Grafiken und Tabellen auf den Seiten 15 und 16: Umfrage des Lewadazentrums, Ende Dezember 2004, <http://www.levada.ru./press/2005011203.html>

## Chronik

### Vom 20. bis zum 27. Januar 2005

20.1.2005	Der Rechtsanwalt Machmut Magomadov wird von tschetschenisch-sprechenden Bewaffneten in Grosny entführt. Es wird angenommen, dass es sich um Angehörige der "Präsidentengarde" von Ramsan Kadyrow handelt. Magomadov hatte Fälle von Entführung und Lösegelderpressung untersucht, die mit Kadyrows Leuten in Verbindung gebracht werden.
21.1.2005	Fünf Abgeordnete der Fraktion "Heimat", darunter ihr Vorsitzender Dmitrij Rogosin, erklären einen Hungerstreik mit dem Ziel, Sozialminister Surabow, Finanzminister Kudrin und Wirtschaftsminister Gref zum Rücktritt zu zwingen.
21.1.2005	Im Rahmen des Russisch-Französischen Sicherheits- und Kooperationsrats erörtert Außenminister Lawrow mit seinem französischen Amtskollegen Michel Barnier Möglichkeiten, auf dem Verhandlungswege auf die Nuklearpolitik des Iran einzuwirken.
21.– 23.1.2003	Angehörige der Opfer von Beslan blockieren die Fernstraße Rostow am Don-Baku und fordern den Rücktritt des nordossetischen Präsidenten Alexander Dsasocho. Sie geben die Blockade auf, nachdem Dmitrij Kosak, der Präsidentschaftsbeauftragte für den Südlichen Föderalbezirk, versprochen hat, sie zu empfangen.
22.-23.1.2005	Die Proteste gegen die Monetarisierung der Sozialleistungen halten am Wochenende an. Die größten Demonstrationen finden in Rostow am Don, Krasnodar, Tscherkessk, Kasan, Ufa und Murmansk statt. In Krasnojarsk protestieren 2.000 Personen gegen die geplante Verdoppelung der lokalen Strompreise.
23.1.2005	Putin empfängt den kirgisischen Präsidenten Askar Akajew zu Gesprächen. Erörtert werden bilaterale Wirtschaftsfragen und die Zusammenarbeit in der Shanghai Kooperationsorganisation. Das Gespräch findet im Vorfeld der Parlamentswahlen in Kirgisien am 27.2.2005 statt.
24.1.2004	Der neue ukrainische Präsident Juschtschenko macht einen Tag nach seiner Amtseinführung einen Antrittsbesuch in Moskau und führt Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Putin. Juschtschenko erklärt, Russland sei ein „ewiger strategischer Partner“ der Ukraine.
25.1.2005	Es wird bekannt, dass 20 Dumaabgeordnete von KPRF und "Heimat" eine Bittschrift von "Vertretern der russischen Gesellschaft" an den Generalstaatsanwalt unterschrieben haben, in dem sie fordern, alle religiösen und nationalen jüdischen Organisationen als extremistisch zu verbieten.
25.1.2005	In Naltschik, der Hauptstadt von Kabardino-Balkarien, besetzt eine Gruppe von 5–8 Bewaffneten der islamistischen Gruppe „Jarmuk“ ein fünfstöckiges Wohnhaus.
25.1.2005	Staatsbesuch des syrischen Präsidenten Bashar Assad in Moskau und führt Gespräche mit Putin, u.a. über die Lage im Irak. Die beiden Präsidenten unterzeichnen ein Abkommen über die Vertiefung der Beziehungen zwischen Russland und Syrien. Die russische Führung kündigt an, dass sie 73% der Schulden Syriens abschreiben wird.
25.– 26.1.2005	Die Proteste gegen die Monetarisierung der Sozialleistungen halten an. In Sachalin, Stawropol, Belgorod, Nishnij Nowgorod und Sankt Petersburg demonstrieren Tausende.
26.1.2005	Die Regierung verabschiedet eine Gesetzesvorlage, nach der die Grundrente am 1.3.2005 von 660 auf 900 Rubel erhöht werden soll.
26.1.2005	Der russische Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow erklärt vor dem Föderationsrat, dass der Haftbefehl gegen Julia Timoschenko, der neu ernannten ukrainischen Ministerpräsidentin, bestehen bleibt und das laufende Ermittlungsverfahren gegen sie nicht eingestellt wird.
27.1.2005	In Naltschik, der Hauptstadt von Kabardino-Balkarien, schlägt der erste Angriff von Sicherheitskräften auf ein von Islamisten besetztes Wohnhaus fehl. Ein zweiter Sturm gelingt nach anderthalbstündiger Beschießung des Gebäudes.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2005 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

## Lesehinweis

### Abstracts der Artikel mit Russlandbezug im neuen Osteuropa-Heft

OSTEUROPA Heft 1/2005 ist soeben erschienen. Schwerpunkt ist die Revolution in Orange in der Ukraine. Das Heft hat 176 Seiten und enthält folgende Beiträge über Rußland.

Kontakt: [osteuropa@dgo-online.org](mailto:osteuropa@dgo-online.org)

Sabine Fischer

**Rußland und die Ukraine**

**Fehlkalkulation oder neoimperialer Impuls?**

Rußland hat bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine eine doppelte Niederlage erlitten: Moskau scheiterte mit dem Versuch, seinen Kandidaten als Präsidenten in Kiev zu installieren und geriet über sein Vorgehen in der Ukraine mit der EU und den USA in Konflikt. Angesichts des Wandels der rußländischen Außenpolitik seit 2000 erscheint diese Haltung irrational. Diese Irrationalität liegt in Fehlwahrnehmungen und veränderten Entscheidungsprozessen im „System Putin“ begründet.

Grigorij Pas'ko

**Der Spion, der keiner war**

**Der Fall Sutjagin ist nicht beendet**

Im Sommer 2004 wurde der russische Physiker und Historiker Igor' Sutjagin wegen angeblichen „Landesverrats in Form von Spionage“ zu 15 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt saß er bereits fünf Jahre in Rußland in Untersuchungshaft. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Amerika-Instituts beschäftigte er sich mit Rußlands strategischer Nuklearrüstung und Problemen der Nonproliferation. Der Autor des Beitrags, Grigorij Pas'ko, der selbst als „Spion“ verurteilt worden war, sieht in dem Spionagevorwurf eine Erfindung des Geheimdienstes FSB. Er rekonstruiert den Fall und seine juristischen Mängel und ordnet ihn in Rußlands politische Entwicklung unter Putin ein: Der Fall Sutjagin ist Teil eines autoritären *Roll back*, in der gesellschaftliche Errungenschaften aus den Zeiten der Perestrojka beschnitten werden.

Andrej Piontkovskij

**Rußland und der Vierte Weltkrieg**

**Ein etwas anderes Schachbrett**

Die Islamisch-Fundamentalistische Internationale hat den Vierten Weltkrieg eröffnet. Ihr Hauptfeind ist der Westen, doch auch Rußland ist in ihr Visier geraten. Die Propaganda wollte den Tschetschenienkrieg als Kampf gegen den internationalen Terrorismus verkaufen. Nun wird sie die Geister, die sie rief, nicht mehr los. Doch statt sich mit den tschetschenischen Separatisten gegen die internationalen Islamisten zu verbünden, schlägt die rußländische Außenpolitik eine weitere, noch gefährlichere Volte: Die Islamisten seien bloß Handlanger des Westens, der Hauptfeind sitze in Washington. Am Horizont erscheinen schon jetzt die Folgen dieses isolationistischen Szenarios: eine amerikanisch-chinesisch-arabische Multipolarität, deren Dominanz ein auf seine slawischen Kerngebiete reduziertes Rußland durch einen Anschluß an die EU zu brechen sucht.